



Post für alle statt für Wenige

Die Trümpfe Netz und Personal gehören aufgewertet

Die Schweizerische Post macht in den letzten Jahren fast nur negative Schlagzeilen: Poststellenschliessungen, Massentlassung bei Postfinance und Erschleichen von Subventionen bei Postauto AG. Hauptleidtragende sind die Bevölkerung, die unter Qualitäts- und Serviceabbau leidet sowie das Personal, das unter zunehmend schwierigen Bedingungen höchste Leistung erbringen muss. Damit die Grundversorgung der Bevölkerung mit postalischen Dienstleistungen flächendeckend, in hoher Qualität und zu massvollen Preisen auch in Zukunft gewährleistet werden kann, sind die Ziele, Verantwortlichkeiten und Mittel anzupassen.

1. Grundversorgung priorisieren

Brief- und Paketverteilung zusammenführen, Doppelspurigkeiten vermeiden

Die Brief- und Paketverteilung sollen zusammengeführt werden. Damit können interne Abläufe vereinfacht werden. Die grosse gemeinsame Kundenbasis sowie zahlreiche Synergien der Bereiche Brief und Paket können zu Qualitätsverbesserungen sowie Kostensenkungen führen.

5-jähriges Moratorium für Poststellenschliessungen

Poststellenschliessungen haben in letzter Zeit zu grossem Unmut in der Bevölkerung geführt. Oftmals wurden das Personal, die Bevölkerung und die Gemeinden vor vollendete Tatsachen gestellt, die Prozesse sind nicht transparent verlaufen. Es braucht deshalb ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen zumindest so lange, bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt und eine politische und gesellschaftliche Debatte geführt wurde, die Transparenz über die künftige Gestaltung des Netzes herstellt.

Aufwertung bestehender Agenturen

Postagenturen sollen alle logistischen Produkte der Post wie Sperrgutpakete oder Massensendungen anbieten. Auch die Grundversorgung mit Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs soll gewährleistet sein. Die Betreiber sind für ihre Leistungen mindestens kostendeckend zu entschädigen. Das Ausbildungsniveau und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden müssen verbessert werden. Das Angebot und dessen Qualität müssen evaluiert werden und bei Bedarf braucht es zusätzliche Massnahmen, um Grundversorgung und Arbeitsbedingungen abzusichern.

Innovationen für die Grundversorgung statt Spleen-Projekte

Fun-Gadgets und Spleen-Projekte wie Lieferroboter, Drohnentransporte und autonom fahrende Busse sind aufzugeben. Innovationen sind richtig und wichtig. Es braucht aber eine Diskussion mit der Politik und der Bevölkerung, um herauszufinden, welche Projekte den Bedürfnissen entsprechen und wirklich benötigt werden. Innovationen um der Innovation oder des Prestiges der Postleitung willen bringen keinen Zusatznutzen und führen dazu, dass Bereiche der Grundversorgung nicht in ausreichendem Mass ausfinanziert werden können.

Dienstleistungen ökologisch erbringen

Die Post muss auch im ökologischen Bereich eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Insbesondere bei ihrer Fahrzeugflotte soll möglichst rasch die Elektrifizierung des Bestands umgesetzt werden.

Angebote für Gemeinden und die Bevölkerung

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden sollen Dienstleistungen zu Gunsten der öffentlichen Hand entwickelt werden wie Besuchsdienste, Beaufsichtigung öffentlicher Raum u.a. Die Poststelle ist auch ein Treffpunkt und kann und soll als Mittelpunkt gerade in kleinräumigen Strukturen ein Austauschort sein. Gemeinsam mit der Gemeinde oder in der Umgebung ansässigen Organisationen oder Vereinen können attraktive Angebote für die Bevölkerung geschaffen werden, die auch dazu führen, dass die Postdienstleistungen vermehrt wieder in der Poststelle nachgefragt werden.

Für die lokale Wirtschaft statt Handlangerin internationaler Konzerne

Im Vordergrund stehen die Bedürfnisse von Gesellschaft, der lokalen Wirtschaft, insbesondere auch der KMUs. Die Interessen internationaler Konzerne wie Amazon und einzelner Grosskunden sollen nicht Angebote und Dienstleistungen diktieren. Die Bestimmung des Umfangs der Grundversorgung und deren Finanzierung müssen demokratisch diskutiert und legitimiert werden.

2. Reintegration der Unternehmensbereiche statt Aufsplitterung

Einfache Unternehmensstruktur der Schweizerischen Post AG

Die zwei Konzerngesellschaften Post Schweiz AG und Post Finance AG bilden die Struktur, die dem Gedanken des Service public entsprechen. Sie sind so auszugestalten, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen und nicht irgendwelchen Managementphantasien, um Aktionärerwartungen zu erfüllen. Der Bundesrat muss seine Verantwortung als Eigner wahrnehmen. Alle Unterkonzerngesellschaften wie PostMail, Swiss Post Solutions, Postnetz, Postauto AG und alle ausgegliederten Gesellschaften, an denen die Schweizerische Post AG zur Mehrheit beteiligt ist, sind zu integrieren. Die verschachtelten Holdingstrukturen und ausgelagerten Einheiten sollen wieder in einer transparenten und übersichtlichen Organisation zusammengeführt werden, die Vertrauen schafft und demokratische Kontrolle ermöglicht.

Postfinance garantiert den Zahlungsverkehr auch in der Krise

Das schweizerische Zahlungssystem von Postfinance ist als separater Bereich innerhalb der Postfinance AG zu führen, ein limitiertes Hypothekengeschäft im Bankdienstleistungsgeschäft zuzulassen. Die Post soll den ihr gesetzlich übertragenen Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr weiterhin garantieren – und auch im Falle einer Finanzkrise ihre Aufgabe erfüllen können. Für Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs sollen die gleichen Erreichbarkeitskriterien wie für postalische Dienstleistungen gelten (erreichbar in 20 Minuten zu Fuss oder mit dem öV). Die Post soll auf limitierter Basis Hypothekengeschäfte anbieten können. Allfälligen Privatisierungsplänen muss von Anfang an entschieden entgegengetreten werden. Postfinance soll auch künftig zu 100 % eine Posttochter bleiben.

Postalische Dienstleistungen für KMU, Gemeinden und Bevölkerung

Die Post ist ein Unternehmen des Service public und soll ihre Angebote und Dienstleistungen entsprechend ausrichten. Unternehmenswertsteigerungen oder eine branchenübliche Rendite von Bereichen zu verlangen, die auf der Basis des politisch gewollten Grundversorgungsauftrags eine Kostenunterdeckung aufweisen, ist kontraproduktiv. Überzogene Effizienzbemühungen nach neoliberalen Credo führen zu Leistungs- und Qualitätsabbau. Das identitätsstiftende Element, das die Post bisher mit der flächendeckenden Versorgung gebildet hat, soll durch ihre gesellschaftsrelevanten Leistungen wieder gestärkt werden.

Keine Gewinne aus den subventionierten Bereichen, keine Renditepflicht aus Grundversorgungsdienstleistungen

Es braucht eine Anpassung der strategischen Ziele, die den Erwartungen an eine flächendeckende, allen zugängliche, qualitativ hochwertige Grundversorgung zu angemessenen Preisen gerecht wird. Unternehmensbereiche, die Leistungen der Grundversorgung erbringen, sollen keine Renditeziele erfüllen und nicht zur Steigerung des Unternehmenswerts beitragen müssen. Sicherstellung und

Weiterentwicklung der Grundversorgung und der Anspruch, damit Gewinn erzielen zu müssen, stellen einen Zielkonflikt dar. Die Art der Querfinanzierung nicht kostendeckender Dienstleistungen der Grundversorgung muss definiert werden.

3. Motiviertes Personal als Stärke

Keine Finanzjongleure und Selbstverwirklicher im Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat steht im Dienst des Service Public. Bei den anstehenden Stellenbesetzungen im Verwaltungsrat und der Konzernleitung muss der Service public-Gedanke im Zentrum stehen und nicht das Shareholder-Value-Denken. Es muss eine Managementkultur etabliert werden, die sich dem Service public-Gedanken in allen seinen Dimensionen verpflichtet fühlt.

Plafonierung der Löhne im Kader und Abschaffung von Boni

Alle Vergütungen von Bundesunternehmen oder bundesnahen Unternehmungen an die Mitglieder von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung müssen angemessen sein. Der höchste Lohn darf ein Bruttogehalt von 450'000 Franken nicht übersteigen. Unerwünschte Anreizsysteme für ergebnisabhängige Lohnbestandteile müssen vermieden werden. Einer entsprechenden parlamentarischen Initiative von Susanne Leutenegger Oberholzer (16.438) wurde Folge gegeben.

Schluss mit der Schikaniererei des Personals

Die Leistungen des Personals verdienen Wertschätzung. Die Erbsen-, Minuten- und Schrittzählerei beim Personal sowie die Überwachung der Angestellten sind einzustellen. Nur motiviertes Personal, dem man von Seiten der Geschäftsleitung Vertrauen entgegenbringt, kann Tag für Tag Spitzenleistungen erbringen. Es soll eine Unternehmenskultur etabliert werden, die dazu führt, dass die Angestellten stolz darauf sind, dass sie bei der Post tätig sind und wo sie primär als Menschen gesehen werden und nicht als Masse, die im Namen der Effizienzsteigerung oftmals am oder über dem Limit tätig ist.

GAV-Pflicht in allen Unternehmensbereichen

Die Postangestellten sind das Herz der Unternehmung. Die Bedingungen, zu denen sie ihre Leistungen erbringen, müssen verbindlich geregelt werden und für alle gleichermassen gelten, unabhängig, unter welchem „Dach“ sie angestellt sind. Unternehmen, die von der Post ausgelagerte Aufgaben wahrnehmen, müssen ebenfalls Gesamtarbeitsverträgen unterstellt werden.

Keine Auslagerung von Arbeitsplätzen oder Unternehmenseinheiten

Die Post, ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, das sich in Staatsbesitz befindet, hat in der Vergangenheit immer wieder Bereiche oder Tätigkeiten ausgelagert, auch ins Ausland. Das führt zu Abbau von Arbeitsplätzen und zu Unsicherheiten beim Status von Personen, die bisher bei der Post angestellt waren und zu schlechteren Bedingungen von Privatunternehmen eingestellt werden. Mit der Auslagerung werden Personalkosten gesenkt, damit sinken aber vor allem auch Standards bei den Arbeitsbedingungen, was nicht im Sinne des Service public sein kann. Die Post soll vielmehr eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Politik verfolgen und auf Auslagerungen verzichten.

SP Arbeitsgruppe „Masterplan Post“

(Thomas Hardegger, Jacques-André Maire, Roger Nordmann, Mathias Reynard, Edith Graf-Litscher, Philipp Hadorn, Matthias Aebischer)